



Innenausschuss

56. Sitzung (öffentlich)

3. September 2009

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 15:25 Uhr

Vorsitz: Winfried Schittges (CDU)

Protokoll: Stefan Welter

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung 5

Der Ausschuss kommt auf Antrag der CDU-Fraktion überein, Tagesordnungspunkt 4 „Bleiberechtsregelung in Nordrhein-Westfalen“ sowie Tagesordnungspunkt 10 „Einwanderungs- und Asylpolitik besser koordinieren – Interessen der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften berücksichtigen“ gemeinsam zu beraten.

1 Aktuelle Viertelstunde

a) EU-Projekt zur Unterstützung der Polizeiarbeit in der Türkei 6

Auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

b) Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zu Videoverkehrskontrollen 10

Auf Antrag der SPD-Fraktion

2 Gesetz zur Modernisierung des nordrhein-westfälischen Sicherheitsrechts 12

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/9386

3 Gesetz zur Änderung des Landesdisziplinarrechts 18

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/9308

Vorbehaltlich der Zustimmung des Unterausschusses „Personal“ des Haushalts- und Finanzausschusses **empfiehlt** der Innenausschuss mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen, den **Gesetzentwurf Drucksache 14/9308 anzunehmen.**

4 Bleiberechtsregelung in Nordrhein-Westfalen 20

Vorlage 14/2768

In Verbindung mit:

Bleiberechtsregelung muss verlängert werden!

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/9072

Und:

10 Einwanderungs- und Asylpolitik besser koordinieren – Interessen der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften berücksichtigen

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/9415

Der Ausschuss **empfiehlt** mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der Fraktion der SPD, den **Antrag Drucksache 14/9415 anzunehmen.**

5 Erwähnung der Zeitschrift „LOTTA“ im Verfassungsschutzbericht 2008 25

Bericht der Landesregierung

6 Beförderungsverfahren bei der Polizei im Jahr 2009

Bericht der Landesregierung
Vorlage 14/2773

7 Keine Waffenlager in Privatwohnungen – Für eine konsequente Novellierung des Waffenrechts! 28

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/9040

in Verbindung mit:

Illegale Zugriffe auf legale Waffen verhindern, Anzahl legaler Waffen reduzieren

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/9174

Nachdem die SPD-Fraktion ihren Entschließungsantrag Drucksache 14/9174 zurückgezogen hat, **lehnt** der Ausschuss den **Antrag Drucksache 14/9040** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **ab**.

8 Entwurf einer Verordnung über die Regelungen von Zuständigkeiten nach dem öffentlichen Vereinsrecht 30

Vorlage 14/2690

Der Ausschuss nimmt die Verordnung ohne Diskussion zur Kenntnis.

- 9 Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Befristung von Rechtsvorschriften mit Beteiligung des Landtags im Geschäftsbereich des Innenministeriums und des Ministeriums für Generationen, Familie, Frauen und Integration** 31

Vorlage 14/2755

Der Ausschuss stellt ohne Diskussion das Einvernehmen mit den Artikeln 1 und 4 bis 7 der Verordnung fest und nimmt die übrigen Artikel mit Ausnahme des Artikels 3 zur Kenntnis, der in die Zuständigkeit des Ausschusses für Generationen, Familie und Integration fällt.

- 11 Erweiterung des Internetadressraums um regionale Top-Level-Domains** 32

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/9414

Der Ausschuss **empfiehlt** mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen, den **Antrag Drucksache 14/9414 anzunehmen.**

- 12 Attraktivität der freiwilligen Feuerwehren in Nordrhein-Westfalen erhalten und steigern – Altersversorgung für ehrenamtliche Feuerwehrleute schaffen!** 33

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/9272

- 13 Verschiedenes** 34

Der Ausschuss kommt überein, sich über die zeitliche Planung in Bezug auf die Haushaltsberatungen in einem Obleutegespräch am kommenden Donnerstag um 13:30 Uhr parallel zur Plenarsitzung zu verständigen.